

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1985 — Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Auch im Frühjahr 1985 war die zögernde konjunkturelle Belebung in der Bundesrepublik durch große Labilität und Ungleichmäßigkeit bestimmt. Während sich die Exporte weiter kräftig erhöhten und die Auslandsbestellungen weiter zunahmen, wurden die Binnenmärkte nach wie vor von stagnativen Erscheinungen geprägt. Bis zuletzt haben die hohen Exporte nicht dazu geführt, daß die Gesamtkonjunktur in Schwung kommt.

Der Kluft zwischen Binnen- und Exportkonjunktur entspricht der Widerspruch zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterabsatz. Auf der einen Seite ist in einigen Investitionsgüterbereichen, vor allem in der Elektrotechnik und teilweise auch im Maschinenbau, auch eine Zunahme der inländischen Bestellungen zu registrieren. Die Modernisierung des Produktionsapparates vor allem der großen, finanzkräftigen Unternehmen führt zu einer Belebung bei den Ausrüstungsinvestitionen. Dagegen sinken die Bauinvestitionen, vor allem im Wohnungsbau, rapide, die Bauwirtschaft ist in die tiefste Branchenkrise nach dem zweiten Weltkrieg eingetreten.

Auf der anderen Seite stagniert der private Verbrauch, die Einzelhandelsumsätze liegen deutlich unter dem Vorjahresstand. Die geplanten Investitionen dienen immer noch vorwiegend der Rationalisierung, arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen werden kaum durchgeführt. Dafür spricht auch die Entwicklung der Kapazitätsauslastung in der Industrie: zwar steigt diese in den Investitionsgüterbereichen weiter an, in den Grundstoffindustrien und den Konsumgüterbranchen aber ist der Trend rückläufig.

Die geradezu krampfhaft optimistischen Töne aus dem Regierungslager können nicht die Tatsache überdecken, daß die schwache Konjunktur steht und fällt mit den Exporten. Und da sind die Aussichten für die weitere Zukunft keineswegs günstig.

Die Konjunktur in den USA, die bisher wesentlich die Entwicklung des Welthandels und speziell die Exporte Japans und der BRD angetrieben hatte, verlangsamt sich weiter. Die Industrieproduktion stagniert dort seit Mitte 1984, immer stärker werden die Bestrebungen in der amerikanischen Industrie, die Importe zum Schutz der einheimischen Produzenten stärker zu beschränken. Auch in Westeuropa verlangsamt sich die Konjunktur weiter, in Frankreich, dem wichtigsten Exportkunden der Bundesrepublik, ist die Produktion sogar wieder rückläufig. Zudem wird die Entwicklung des Dollarkurses, die bislang die westeuropäischen und japanischen Ausfuhren begünstigt hatte, vermehrt durch Labilität bestimmt, ein weiterer Anstieg ist zunächst nicht zu erwarten.

Für die weitere Konjunktorentwicklung im Jahresverlauf kann davon ausgegangen werden, daß mit einer deutlichen Exportabschwächung – im März sind erstmals auch die Auslandsbestellungen zurückgefallen – auch der bundesrepublikanische „Aufschwung“ beendet sein wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Jahr 1985 das letzte Belebungsjahr des gegenwärtigen Konjunkturzyklus sein.

Besonders ungünstig sind die Nachrichten vom Arbeitsmarkt: Im Winter und im Frühjahr sind die Arbeitslosenzahlen – auch saisonbereinigt – auf neue Rekordmarken geklettert. Die am Ende des letzten Jahres veröffentlichten Prognosen von Bundesregierung und Sachverständigenrat sind schon jetzt Makulatur: dort war ein Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit um mehr als 100 000 im Jahresdurchschnitt von 1985 vorausgesagt worden. Tatsächlich lagen die Ziffern aber in den ersten vier Monaten um mehr als 70 000 über dem Vorjahresstand. In ihrer „Frühjahrsprognose“ kamen die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute – bei einer immer noch recht optimistischen Wachstumsschätzung von zweieinhalb Prozent für das laufende Jahr – zu dem Ergebnis, daß auch 1985

wieder mehr Arbeitslose zu verzeichnen sein werden als im Vorjahr. Stolze Meldungen der Industrie über Beschäftigungsausweitungen in einigen Investitionsgüterbranchen – z. B. in der Elektroindustrie und in der Automobilindustrie – hängen mit der im April in Kraft getretenen Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochenstunden zusammen. Entgegen den Unternehmerbehauptungen, Arbeitszeitverkürzungen seien beschäftigungsschädlich, sind nun positive Effekte zu verzeichnen. Diese reichen allerdings bei weitem nicht aus, um den Arbeitsmarkt wesentlich zu entlasten. Immerhin zeigen sie aber den einzigen Weg, der, wenn auch nicht zu einer Lösung, so doch zu einer gewissen Entschärfung des Beschäftigungsproblems führen kann.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Geld und Kapitalmarkt
Börse
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft
- 1.5 Dollarkurs

2 Unternehmergewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern, Preise
- 3.3 Verteilung der
Haushaltseinkommen
- 3.4 Sozialabbau
- 3.5 Betriebsvereinbarungen
zur Arbeitszeitverkürzung
1. Halbjahr 1985
- 3.6 Beschäftigung und
Arbeitslosigkeit

1.1 Produktion

Die Entwicklung im produzierenden Gewerbe ist weiterhin durch große Labilität bei stagnativer Grundtendenz gekennzeichnet. Nach einer leichten Aufwärtsentwicklung in den letzten Monaten des Jahres 1984 ist die materielle Produktion in den ersten Monaten von 1985 wieder etwas zurückgefallen. Dies hängt zu einem großen Teil mit der außerordentlichen Schwäche in der Bauwirtschaft zusammen. Aber auch in der verarbeitenden Industrie konnte der Produktionsstand vom letzten Vierteljahr 1984 nicht ganz gehalten werden.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1985 1. Vj.
98,0	94,4	100,0	101,3	100,0

¹ Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

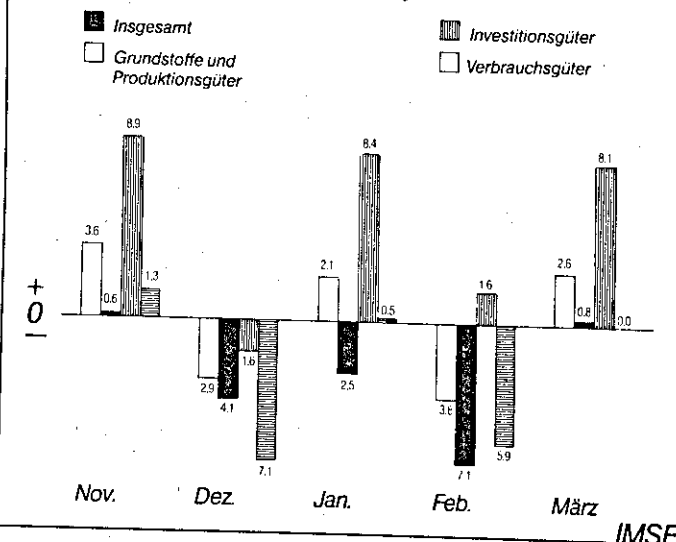
Noch deutlicher zeigt sich die Produktionsschwäche im Vorjahresvergleich: der Produktionsstand der gleichen Monate des vorigen Jahres wird insgesamt kaum noch übertroffen. Dabei wird allerdings schon deutlich, daß die Erzeugung von Investitionsgütern günstiger verläuft. Dies hängt mit den ausländischen Bestellungen zusammen, die nach wie vor die Stütze der schwachen Konjunktur sind.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	November	Dezember	Januar	Februar	März
Insgesamt	+3,6	-2,9	+2,1	-3,8	+2,6
Grundstoffe und Produktionsgüter	+0,6	-4,1	-2,5	-7,1	-0,8
Investitionsgüter	+8,9	-1,6	+8,4	+1,6	+8,1
Verbrauchsgüter	+1,3	-7,1	+0,5	-5,9	0,0

¹ 1984/85 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId. S. 65)

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes in % gegenüber dem Vorjahr



Die Aufträge im verarbeitenden Gewerbe haben sich in den letzten Monaten insgesamt etwas günstiger entwickelt. Die Tendenz im zweiten Halbjahr 1984 war – bis Anfang 1985 – aufwärts gerichtet. Allerdings hat sich dieser Trend in den Monaten Februar/März nicht mehr fortgesetzt, im März erfolgte sogar ein deutlicher Rückfall.

Der Vorjahresstand bleibt allerdings – sowohl nominal wie real – noch etwas übertroffen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1985 1. Vj.
102	98	104	105	107

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Dies ist jedoch ausschließlich der Entwicklung der Auslandsbestellungen zu verdanken, die erst im März etwas zurückgegangen sind. Die Inlandsbestellungen liegen dagegen deutlich niedriger als vor einem Jahr, sie stagnieren seit Anfang 1984.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
November	+ 6,0	+6,8	+ 5,9	+5,2
Dezember	+ 0,3	-3,5	+ 3,8	-4,9
Januar	+10,1	+6,3	+14,0	+4,5
Februar	+ 4,1	+1,2	+ 8,4	-3,9
März ²	+ 4,9	+1,6	+ 8,9	-0,9

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, jeweilige Preise
² Vorläufige Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Die Einseitigkeit und damit Labilität der gegenwärtigen konjunkturellen Belebung hat sich in den letzten Monaten eher noch verstärkt. Die inländischen industriellen Auftragseingänge lagen im ersten Vierteljahr 1985 nur um knapp zehn Prozent über dem Niveau vom zweiten Halbjahr 1982, dem Tiefpunkt der Krise. Dagegen waren die Auslandsbestellungen etwa ein Drittel höher. Zwischen dem ersten Quartal 1985 und dem vierten Quartal 1984 erhöhten sich die Auslandsbestellungen real um – saisonbereinigt – etwa fünf Prozent, die Inlandsbestellungen stagnierten. Erst im März dieses Jahres kam es zu einem Rückgang auch bei den Auslandsaufträgen.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarbeiten- des Gewerbe Insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauch- güter
Nov.	+ 2,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 3,2
Dez.	- 2,8	- 4,9	- 0,3	- 6,1
Jan.	+ 3,7	+ 2,0	+ 4,9	+ 3,2
Febr.	- 1,1	- 5,1	+ 3,0	- 5,1
März	+ 0,7	- 0,2	+ 2,4	- 2,0
Ausland				
Nov.	+13,2	+13,7	+12,9	+13,7
Dez.	+ 5,7	- 1,3	+ 9,8	+ 1,2
Jan.	+21,6	+13,2	+28,1	+ 9,7
Febr.	+13,2	+11,7	+16,0	+ 1,6
März	+12,5	+ 4,3	+18,8	+ 3,0

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

Ein Erlahmen der Zugkraft der Exporte würde sehr rasch auf die Gesamtkonjunktur durchschlagen. Zwar hat sich die Ausfuhrentwicklung auch in den letzten Monaten überraschend stabil gezeigt, es kann aber nicht davon ausgegangen werden, daß diese Situation über das ganze Jahr 1985 hinweg anhält.

Die Situation in den großen Branchen des produzierenden Gewerbes ist sehr unterschiedlich geblieben, teilweise gibt es bereits wieder deutliche Abschwächungserscheinungen.

Die **eisenschaffende Industrie** hatte im vergangenen Jahr sowohl von einer Verminderung der Importe als auch einer Verstärkung der Exporte profitiert. Diese Faktoren verlieren an Bedeutung, angesichts der Erlahmung der Konjunktur in den USA und der Importrestriktionen für Stahl ist hier mit einer Einschränkung zu rechnen. In der Hoffnung, daß der inländische Stahlverbrauch ansteigt – die allerdings angesichts der außerordentlichen Schwäche der Bauwirtschaft nur wenig begründet ist –, rechnet die

Branche noch mit einer leichten Produktionszunahme im Jahresverlauf.

Günstiger gestaltet sich die Lage in der **chemischen Industrie**. Allerdings basieren die großen Erfolge des vergangenen Jahres, die sich in Rekordgewinnen der Großkonzerne niederschlagen, ganz überwiegend auf dem Auslandsgeschäft. Im Inland war die Expansion nur sehr schwach, für 1985 wird allerdings mit einer gewissen Belebung im Bereich der Vorprodukte für den gewerblichen Sektor gerechnet.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 3,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,3
Eisenschaffende Industrie	+ 6,4	+ 1,6	+ 8,9	+ 4,1
Chemische Industrie	+ 2,2	+ 0,4	- 2,0	- 0,8
Maschinenbau	+ 3,2	- 3,4	+ 3,0	+ 7,1
Straßenfahrzeugbau	+10,1	+ 2,8	+11,0	+ 1,1
Elektrotechnik	+13,1	+ 5,1	+ 9,3	+ 9,0
EDV-Geräte	+39,9	+32,2	+28,4	+17,7
Textilgewerbe	+ 1,1	- 2,1	0,0	- 2,6
Bekleidungsgewerbe	- 4,5	- 3,7	- 6,7	- 8,3
Bauhauptgewerbe	- 6,1	+12,5	-41,8	-31,4

¹ in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

Der **Maschinenbau** hatte bislang nur wenig von den konjunkturellen Auftriebskräften profitiert. Einer kräftigen Belebung der Exporte standen im vergangenen Jahr rückläufige Absatzziffern im Inland gegenüber. Inzwischen haben sich aber auch die inländischen Bestellungen von Maschinen wieder stabilisiert, die Auslandsbestellungen nehmen nach wie vor kräftig zu. Daher erhofft sich die Branche in diesem Jahr eine deutliche Produktionsbelebung. Allerdings sind die Absatzerwartungen auf längere Sicht nicht mehr so günstig: es wird mit einer Verlangsamung im Auslandsgeschäft gerechnet.

Die **elektrotechnische Industrie** gehört zu den wenigen Branchen, die kräftige Zuwachsraten verzeichnen. Dies gilt allerdings nur für den Investitionsgüterbereich, der jedoch in der Branche dominierend ist. Die Elektrotechnik profitiert sowohl im Inlands- wie im Auslandsgeschäft von den technologischen Umstellungen, von der Modernisierung in Produktion und Verwaltung. Spitzenreiter ist die Datentechnik.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** kommen dagegen aus den Absatzschwierigkeiten nicht heraus. Zwar profitieren auch sie von den günstigen Exportbedingungen, die jedoch die rezessiven Einflüsse aus dem Inlandsgeschäft nicht voll ausgleichen können. Die Textilindustrie rechnet für das laufende Jahr mit einer leichten Produktionsausweitung, die Bekleidungsindustrie mit einem weiteren Rückgang der Erzeugung.

In der **Automobilindustrie** hat sich die Inlandsnachfrage weiterhin schwach entwickelt. Dabei wird nach wie vor die Katalysator-Diskussion für den Rückgang der inländischen Neuzulassungen (Januar/ Februar: ein Fünftel weniger als in der gleichen Vorjahreszeit) verantwortlich gemacht. Allerdings wird nicht damit gerechnet, daß dieser Ausfall in den nächsten Monaten wieder aufgeholt werden wird. Günstig entwickelt sich dagegen weiter der Export, so daß auch für das laufende Jahr mit einer deutlichen Ausweitung der Produktion gerechnet wird. Unsicherheitsfaktor bleibt dabei die weitere Gestaltung der Auslandsnachfrage.

Während die PKW-Produktion in den ersten vier Monaten von 1985 immerhin um fünf Prozent höher war als in der gleichen Vorjahreszeit, konnten die Schwierigkeiten im Nutzfahrzeugbereich bis jetzt nicht überwunden werden. Hier ist das Produktionsniveau des Vorjahres noch nicht erreicht.

In der **Bauwirtschaft** ist die absehbare Branchenkrise früher und heftiger eingetreten als ursprünglich befürchtet. Die Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe, die 1973 noch bei 1,6 Millionen gelegen hatte, ist im Februar 1985 auf 940 000 gesunken. Ende

März waren fast 270 000 Bauarbeiter als arbeitslos registriert, mehr als 130 000 waren von Kurzarbeit betroffen.

Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche, die schon 1984 mit 2 021 um fast ein Drittel über dem Vorjahresstand gelegen hatte, steigt weiter an: im Januar/Februar des laufenden Jahres wurden nochmals 32 Prozent mehr Baupleiten registriert als in der gleichen Vorjahreszeit.

Besonders ausgeprägt ist der Einbruch im Wohnungsbau. In den ersten drei Monaten von 1985 wurden nur noch knapp 60 000 Baugenehmigungen erteilt, 35 Prozent weniger als im ersten Vierteljahr 1984. Dabei war der Rückgang vor allem bei den Mehrfamilienhäusern einschneidend. Die Auftragsbestände im Wohnungsbau sind – saisonbereinigt – auf eine Reichweite von anderthalb Monaten abgesackt, den tiefsten Stand seit 1958, dem Beginn dieser Erhebung. Die Krise der Bauwirtschaft strahlt auch auf die vorgelagerten Bereiche aus: vor allem die Zementindustrie und der Stahlbau beklagen scharfe Einbrüche bei Produktion und Absatz.

Die Krise des Wohnungsbaus ist die Hauptursache der Baukrise: die hohen Mieten haben dazu geführt, daß immer mehr Wohnungen unvermietet bleiben, es gibt inzwischen ein „Vermietungsrisiko“. Es ist genau das eingetreten, was vor Jahren auch an dieser Stelle gegen die Mietpolitik des Kapitals und der Bundesregierungen eingewandt worden war: hohe Mieten regen nicht den Wohnungsbau an, weil sie die Gewinne aus Kapitalanlagen im Wohnungsbau erhöhen, sondern sie dämpfen den Wohnungsbau, weil immer weniger Mieter die hohen Mietpreise bezahlen können. Auf geradezu klassische Weise wurde die Untauglichkeit der „Angebotspolitik“ belegt. Der Einbruch im Wohnungsbau kann auch nicht durch den öffentlichen und den gewerblichen Bau ausgeglichen werden: auch die gewerblichen Bauinvestitionen gehen leicht zurück, lediglich im öffentlichen Bau zeichnet sich eine gewisse Stabilisierung ab.

Im **Einzelhandel** waren die Absatzziffern in den letzten Monaten wieder real rückläufig. Im ersten Vierteljahr 1985 wurde – preisbereinigt – gut zwei Prozent weniger verkauft als in der gleichen Vorjahreszeit. Im weiteren Verlauf des Jahres ist bestenfalls eine geringfügige Zunahme des privaten Verbrauchs zu erwarten, so daß die weiteren Aussichten gedämpft bleiben.

Das Gesamtbild im produzierenden Bereich wird bestimmt von der Kluft zwischen Inlands- und Auslandsgeschäft einerseits und zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterabsatz andererseits. Schließlich ist als neues Moment der – allerdings erwartete – Ausbruch der tiefen Branchenkrisen der Bauwirtschaft hinzugekommen. Die auf Unternehmensbefragungen basierenden Prognoseindikatoren des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung deuten für die nächsten Monate auf ein Anhalten der Stagnation hin, wobei davon ausgegangen wird, daß die expansive Exportentwicklung zunächst noch das Bild bestimmen wird.

1.2 Geld- und Kapitalmarkt

Was den Geld- und Kapitalmarkt anbetrifft, zeichnen sich zwischen 1984 und 1985 einige Besonderheiten ab. Wie die Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ zeigt, spiegelte sich die langsame Entwicklung des Wirtschaftsaufschwungs 1984 auch in der Kreditnachfrage wider: Die Zuwachsraten der Kredite an Unternehmen und Private verlangsamte sich von 7,1 Prozent Ende 1983 auf 6,4 Ende 1984. Das ist auch auf das dicke Finanzierungspolster der Unternehmen zurückzuführen: Die Eigenfinanzierungsquote blieb mit 90 Prozent zu den Bruttoinvestitionen sehr hoch; die Eigenfinanzierungsmittel stiegen schneller als die Anlageinvestitionen, während die Vorratsveränderung sehr ausgeprägt war (16 Milliarden DM gegenüber weniger als 6 im Jahre 1983).

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1983 Dezember Milliarden DM	1984	1985 ² März	1983 Veränderungen ge- genüber Vorjahr in %	1984	1985 ²
Kredite an inländische Nichtbanken	1825,8	1931,0	1951,1	6,6	5,8	7,1
- Unternehmen u. Private	1380,5	1468,8	1480,2	7,1	6,4	6,9
- Öffentliche Haushalte	445,3	462,2	470,9	5,0	3,8	7,5
Netto-Auslandsforderungen	119,5	128,4	128,2	5,1	7,4	1,7
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1070,5	1143,2	1189,3	7,5	6,8	7,8
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	324,7	347,1	348,0	4,0	6,9	6,1
Geldvolumen (M ₃)	874,8	916,2	889,9	5,3	4,7	5,3

¹ Einschließlich „Zentralbankneinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“

² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Im ersten Vierteljahr 1985 kam es zu einer Beschleunigung der Privatnachfrage nach Krediten (6,9 Prozent Ende März), die die Deutsche Bundesbank mit der Stagnation der Netto-Auslandsforderungen des Bankensystems erklärte, die das Geldmengenwachstum im Inland bremste und den kurzfristigen Kreditbedarf der Wirtschaft erhöhte.

Ein ähnlicher Verlauf war bei den Krediten an öffentliche Haushalte zu beobachten: Die wirtschaftspolitische Zielsetzung einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen dämpfte 1984 die Inanspruchnahme des Kreditmarktes, so daß die Zuwachsrate Ende des Jahres auf 3,8 Prozent zurückging. Im ersten Quartal 1985 kam es wieder zu einer Beschleunigung, die wesentlich auf der steigenden Tendenz der Zinssätze beruhte, die dazu veranlaßt, den Kreditbedarf vorzeitig zu decken.

Parallel zu den Krediten verlief die Entwicklung der Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten (vgl. Tabelle): Innerhalb dieses Gesamtpostens entwickeln sich Spareinlagen und Sparbriefe in entgegengesetzter Richtung, was auf das Umdisponierungsverhalten der privaten Haushalte zurückzuführen ist.

Auf dem Kapitalmarkt waren die Neuemissionen 1984 sowohl bei den festverzinslichen Wertpapieren als auch bei den Aktien beträchtlich niedriger als 1983. Der Netto-Absatz an inländischen Rentenwerten war um fast 15 Milliarden geringer; der Nominalwert der Aktienemissionen inländischer Emittenten ging von 4,3 Milliarden 1983 auf 3 Milliarden 1984 zurück. Wie aus der Tabelle hervorgeht, sank insbesondere der Netto-Absatz an sonstigen Bankschuldverschreibungen: Die Abnahme um mehr als 8 Milliarden verteilte sich fast gleichmäßig auf Pfandbriefe und Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten. Aber auch die Nachfrage der öffentlichen Hand (Anleihen und Kommunalobligationen) wies eine sinkende Tendenz auf. Insgesamt verminderte sich 1984 die öffentliche Neuverschuldung von 57 Milliarden 1983 auf 46,5: Diese Entwicklung ist vornehmlich auch der Haushaltskonsolidierungspolitik des Bundes zu verdanken.

Die Lage auf dem Kapitalmarkt im vorigen Jahr veranlaßte einige Kommentatoren, Anfang dieses Jahres von einem „Anlagenotstand“ zu sprechen: Nach den Erfolgen bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, wegen des weiterhin gering bleibenden Kreditbedarfes der Wirtschaft, deren Finanzierungskraft zugenommen habe, und auch als Folge der schleppenden Nachfrage nach Baufinanzierungen werde eher ein Überhang an anlagebereitem Kapital entstehen als umgekehrt.

Im ersten Vierteljahr 1985 stieg dagegen der Netto-Absatz an inländischen festverzinslichen Wertpapieren erneut, während die Neuemissionen von ausländischen Rentenwerten weiterhin eine steigende Tendenz zeigten. Zwischen 1983 und 1984 nahm der Net-

to-Erwerb dieser Papiere durch Inländer um 10 Milliarden DM zu; in den ersten drei Monaten d.J. wuchs er um etwa 4,5 Milliarden. Auch am Aktienmarkt war im ersten Quartal eine Zunahme der Neuemissionen zu verzeichnen.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1982	1983 Jahr	1984	1985 1. Vj.	1985 1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	28 563	34 393	36 664	13 705	12 471
Kommunalobligationen	36 099	28 312	19 425	4 258	4 844
Sonstige Bankschuldverschreibungen	8 696	23 416	15 213	8 632	12 494
Industrieobligationen	-634	-594	-201	477	488
Ausländische Rentenwerte	10 983	5 734	15 710	-13	4 500
Absatz = Erwerb insgesamt	83 709	91 270	86 811	27 059	34 700
darunter:					
Kreditinstitute	43 093	35 208	26 468	-4 558	-
Inländische Nichtbanken	36 722	42 879	49 974	27 357	-

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)
¹ Vorläufige Zahlen

Der Sekundärmarkt, d.h. der Handel mit „alten“ Wertpapieren, ist durch einen regen Handel mit Rentenwerten und Aktien gekennzeichnet: Die gesamten Börsenumsätze haben sich zwischen 1982 und 1984 fast verdoppelt; hatte sich 1983 die Kaufbereitschaft auf Aktien konzentriert (die Umsätze bei den inländischen Dividendenwerten stiegen von 35 auf 84 Milliarden DM), so waren 1984 die Rentenwerte sehr gefragt, und die Börsenumsätze schnellten von 69 Milliarden 1983 auf 110 empor.

Bei den Kapitalanlagegesellschaften war die Kauflust fast ausschließlich auf die Rentenfonds gerichtet: Hier war das Mittelaufkommen 1984 um knapp 3 Milliarden DM höher als 1983; im ersten Quartal 1985 war es mit mehr als 2 Milliarden weiterhin sehr hoch. Bei den Aktienfonds dagegen ist seit Jahren ein Nettoverkauf von Investmentzertifikaten zu verzeichnen. Der Grund dafür ist einerseits die Neigung der Anleger, sich direkt in den Aktienhandel einzuschalten, statt indirekt durch die Investmentfonds von der Aktienhausse zu profitieren. Andererseits scheint es, daß sich „viele Aktienfondssparer immer noch nicht mit dem zur jährlichen Ausschüttung gehörenden Körperschaftsteuerguthaben angefreundet haben“ („Die Zeit“, Nr. 46, 9. 11. 1984, S. 30).

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
		In %	30. 12. 1980 = 100
1983			
1. Vj.	9,35	7,5	117,3
2. Vj.	8,31	7,7	136,8
3. Vj.	8,25	8,2	139,4
4. Vj.	8,24	8,1	147,4
1984			
1. Vj.	8,25	8,0	153,8
2. Vj.	8,27	8,0	150,9
3. Vj.	8,34	7,9	148,2
4. Vj.	8,30	7,2	161,4
1985			
1. Vj.	8,22	7,4	175,2
2. Vj.			
3. Vj.			

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

² Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Nach der Anhebung des Lombardsatzes durch die Bundesbank im Februar d.J. zeigten die Zinssätze wieder eine Aufwärtsbewegung: Innerhalb von zwei Monaten, zwischen Januar und März, sind die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand um einen halben Prozentpunkt gestiegen. Nach der Pause im zweiten und dritten Quartal 1984 nahmen die Aktienkurse wieder stark zu. Vielen Kommen-

ten zufolge sind es die ausländischen Anleger, die für die Haussestimung an der deutschen Aktienbörse sorgen: „In dieser Woche verzeichneten die deutschen Aktienindizes neue historische Höchststände. Nach dem Commerzbank-Index sind die Kurse seit Jahresbeginn um rund elf Prozent geklettert. Da für das Jahr 1985 ziemlich übereinstimmend ein Anstieg um zehn Prozent vorausgesagt worden ist, scheint das Ende der Aktienhausse gefährlich nahe gerückt zu sein. Nun haben allerdings einige Bankiers ihre Meinung revidiert. Sie gehen davon aus, daß der Kursanstieg weitergehen wird, und berufen sich nicht zuletzt auf die Meinungen einiger internationaler Anleger, die deutsche Aktien nach wie vor für interessant halten“ („Die Zeit“, Nr. 18, 26. 4. 1985, S. 30).

1.3 Investitionen

Die Investitionstätigkeit hat sich in bestimmten Bereichen der Wirtschaft in den letzten Monaten deutlich belebt. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie steigen – nach einer Stagnation 1984 – wieder deutlich an. Demgegenüber gehen die gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen sehr stark zurück. Daher sind die Erwartungen für die Investitionen insgesamt gedämpft, gegenüber 1984 wird eher mit einer gewissen Verlangsamung gerechnet.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen¹

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985 ²
Anlageinvestitionen							
insgesamt	+7,3	+3,2	-4,2	-4,7	+3,1	+1,3	+1
Ausrüstungen	+9,6	+2,5	-3,5	-5,7	+6,1	+0,4	+7
Bauten	+5,6	+3,7	-4,6	-3,9	+0,9	+1,9	-3

¹ Reale Veränderung in Prozent

² Prognose der Forschungsinstitute

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1985, S. 178; DIW-Wochenbericht, 17-18/1985)

Im Bereich der verarbeitenden Industrie sind die Investitionspläne in der letzten Zeit deutlich nach oben korrigiert worden. Dabei stützen sich die Unternehmen vor allem auf die Erwartung, daß die weltweite Einführung neuer Technologien die Exporte auch mittelfristig begünstigt. Folgendes Zitat aus der letzten Erhebung „Prognose 100“ des Ifo-Instituts (die vor allem die Planungen der Großunternehmen abfragt) beschreibt diese Erwartungen:

„Die Erwartung steigender Wachstumsraten für den Realumsatz des eigenen Unternehmens und die Produktion der eigenen Branche dürfte damit vor allem auf eine **günstigere Einschätzung der mittelfristigen Exportmöglichkeiten** zurückzuführen sein: Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden, technologisch bedingten Wandel der herkömmlichen industriellen Fertigungsmethoden. Stichworte wie Roboter, flexible Fertigungs- und Montagesysteme und – nicht zuletzt auch für den tertiären Sektor von zunehmender Bedeutung – Personalcomputer mögen seine Richtung andeuten. Die dritte industrielle Revolution ist gerade dabei, vorhandene Qualifikationen und Kapitalien krisenhaft zu entwerfen, aber auch eine neue Nachfrage nach modernen Produktionsanlagen zu erzwingen. Die deutsche Industrie mit ihren traditionellen Stärken im Kapitalgüterexport stellt sich offensichtlich auf diesen Trend ein: Die Teilnehmer aus dem Maschinenbau und die Hersteller von elektrotechnischen Investitionsgütern, aber auch von EDV-Anlagen erwarten in der Tat für die nächsten fünf Jahre ein deutlich höheres durchschnittliches Produktionswachstum als noch vor einem Jahr.“
(Ifo-Schnelldienst, 10-11/1985, S. 8)

Dies ist eine Entwicklungsrichtung, auf die die staatliche Wirtschaftspolitik als „weltmarktorientierte Modernisierungspolitik“ im Kern abzielt. Diese Konzeption hat aber vor allem vier Schwachpunkte, die sich schon jetzt deutlich zeigen:

- Nur wenige große Branchen und dort vor allem wenige große Konzerne profitieren von dieser Modernisierung; andere, vor al-

lem konsumnahe und binnenmarktorientierte Sektoren, bleiben zurück.

- Die große Abhängigkeit von außenwirtschaftlichen Faktoren, von Währungsschwankungen und Krisen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen macht diesen Kurs extrem störanfällig.
- Die Konkurrenz in den wenigen, technologisch bestimmenden Produktionszweigen ist scharf, es besteht die Gefahr, daß international große Überkapazitäten errichtet werden, die später nur noch krisenhaft gelöst werden können (z. B. Automobilindustrie).
- Das soziale Hauptproblem, die Arbeitslosigkeit, wird durch eine solche Orientierung eher noch vergrößert. Die ansonsten recht optimistischen Produktions- und Investitionspläne der befragten Unternehmen sehen bis 1989 einen weiteren Rückgang der Beschäftigtenziffern in der Industrie um ca. 150 000 Arbeitsplätze vor.

Die Investitionspläne basieren weiterhin auf Modernisierungs- und Rationalisierungsmotiven. Die Kapazitätsauslastung, die im Dezember bei 82,5 Prozent gelegen hatte, hat sich bis zum März kaum noch erhöht, sie liegt bei knapp 83 Prozent.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	80,9	76,2 ²	82,2	82,5
1985	82,7			

¹ In % der betrieblichen Vollausslastung

² Verzerrung durch Arbeitskampf

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/1984, S. 2; Ifo-Konjunkturtest, Presseberichte)

Zudem beschränkt sich die Verbesserung auf den Investitionsgüterbereich, dort war der Auslastungsgrad mit 84 Prozent deutlich höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Damals lag die Auslastung bei 78,4 Prozent. Im Grundstoffbereich ist die Auslastung zwischen Dezember 84 und März 85 leicht von 82,6 auf 82,1 Prozent zurückgegangen, ebenso rückläufig war die Anlagennutzung im Konsumgüterbereich.

1.4 Außenwirtschaft

Die Exporte der Bundesrepublik haben sich in den letzten Monaten weiterhin kräftig erhöht. Dabei liegt immer noch der Export in die USA an der Spitze. Die jüngsten Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung der BRD schätzen die Rolle der Exporte sogar noch etwas höher ein als die Prognosen von Ende 1984: um achteinhalb Prozent – so das „Frühjahrgutachten“ der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute – sollen die Exporte real im laufenden Jahr wachsen. Der Exportüberschuß soll demnach auf 75 Milliarden DM ansteigen, der Überschuß in der Leistungsbilanz die Größenordnung von 30 bis 35 Milliarden erreichen.

Wenn auch die Auftragsentwicklung bis Februar weiter auf kräftige Exportzunahmen hinweist, so muß doch zweifelhaft bleiben, ob dieses Tempo im weiteren Jahresverlauf beibehalten wird. Denn die weltwirtschaftlichen „Rahmenbedingungen“ deuten eher auf eine baldige Abschwächung in der Entwicklung des Welthandels hin.

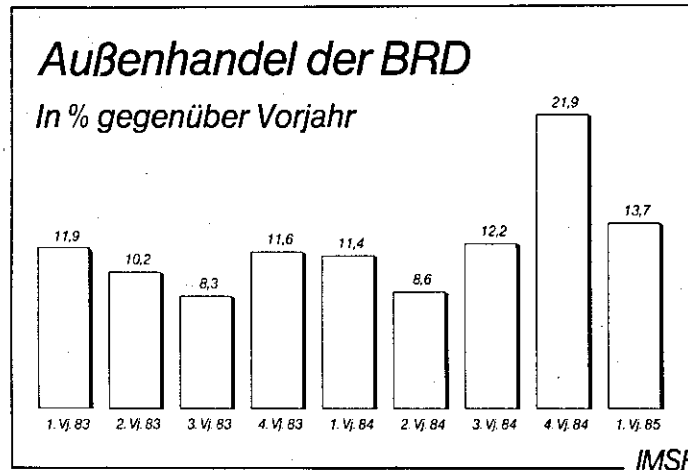
Dafür sprechen vor allem die Konjunkturaussichten in den wichtigsten kapitalistischen Ländern: in den USA, bislang die „Lokomotive“ der Weltkonjunktur, hat sich die Expansion stark verlangsamt. Im ersten Quartal 1985 ist die gesamtwirtschaftliche Leistung nur noch geringfügig angestiegen. Innenpolitisch wächst der Druck auf die US-Regierung, die Importe stärker zu beschrän-

ken, um die US-Industrie vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 83	105,6	- 1,9	93,7	- 2,9	+ 11,9	+ 7,2
2. Vj. 83	106,0	- 2,1	95,9	+ 0,8	+ 10,2	- 22,7
3. Vj. 83	103,4	+ 2,0	95,1	+ 5,9	+ 8,3	- 28,4
4. Vj. 83	117,2	+ 6,1	105,6	+ 10,8	+ 11,6	- 23,7
1. Vj. 84	120,1	+ 13,7	108,7	+ 16,0	+ 11,4	- 4,2
2. Vj. 84	115,1	+ 8,6	106,5	+ 11,1	+ 8,6	- 15,7
3. Vj. 84	118,1	+ 14,2	105,9	+ 11,4	+ 12,2	+ 47,0
4. Vj. 84	135,1	+ 15,2	113,1	+ 7,1	+ 21,9	+ 88,9
1. Vj. 85	133,8	+ 11,4	120,2	+ 9,7	+ 13,7	+ 20,2

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)



In Japan, wo die kräftige Konjunkturerholung bis zuletzt ebenfalls exportgetragen war, wird auch mit einer deutlichen Wachstumsverlangsamung gerechnet. Die schwache Konjunkturerholung in Westeuropa verliert weiter an Tempo. In Frankreich, dem wichtigsten Exportkunden der Bundesrepublik, ist die Produktion sogar rückläufig. Hinzu kommt, daß der hohe Dollarkurs Exporte in den Dollarraum bislang begünstigt hatte. Zwar ist kein markanter Rückfall des Dollarkurses zu erwarten, die Labilität des Dollar aber hat erheblich zugenommen.

Zwar sind die außenwirtschaftlichen Positionen der Bundesrepublik nach wie vor außerordentlich günstig, so daß ein Exporteinbruch nicht zu erwarten ist. Andererseits haben sich im Welthandel und in den Leistungsbilanzen derart große Ungleichgewichte angehäuft, daß dadurch die Gefahr einer „protektionistischen Springflut“ heraufbeschworen wird. Ein Defizit in der Leistungsbilanz der USA von über 100 Milliarden Dollar, das nur durch eine wachsende Verschuldung dieses Landes finanziert werden kann, ein überbewerteter, hektischer Kursschwankungen ausgesetzter Dollarkurs – dies ist der schwankende Boden, auf dem die labile Konjunktur der Bundesrepublik noch steht. Ein Ende des Exportbooms aber würde mangels inländischer Auftriebsfaktoren gleichbedeutend sein mit einer neuen zyklischen Krise.

1.5 Dollarkurs

Der Dollarkurs steht im Mittelpunkt der internationalen wirtschaftspolitischen Diskussionen. Seine Entwicklung ist einer der wichtigsten „Risikofaktoren“ auch der bundesrepublikanischen Konjunkturprognosen: die boomartige Entwicklung der Exporte in die USA, eine Hauptstütze der Konjunktur, hängt zu einem erheblichen Teil mit dem Anstieg des Dollarkurses zusammen, der Exporte in die USA verbilligt und damit die Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik begünstigt. Umgekehrt erschwert der starke Dollar den US-Export, führt also zur Verdrängung der USA von den Weltmärkten.

In der letzten Zeit sind nun vermehrt Befürchtungen laut geworden, daß es zu einem rapiden Kursverfall des Dollar, zu einem Kurssturz kommen könnte. Dies würde in der Tat identisch sein mit einer neuen Krise des internationalen Währungs- und Finanzsystems, das wesentlich auf dem Dollar basiert.

Tatsächlich vollführte der Dollar in den letzten Monaten hektische Kurssprünge.

Dollarkurs in DM

	DM je Dollar
1980	1,81
1981	2,26
1982	2,43
1983	2,55
1984	2,85
1985	
Jan.	3,17
Febr.	3,29
März	3,31
April	3,08
Mai ¹	3,08

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.; Tagespresse)
1 16. Mai 1985

Zwischen Mitte März und Mitte April schwankte der Kurs zwischen etwa DM 3,- und DM 3,50, tägliche Schwankungen des amtlichen Mittelkurses um sechs oder sieben Pfennige sind keine Seltenheit. Wem das nicht bemerkenswert erscheint, der mag bedenken: ein Spekulant kann so innerhalb eines Tages bei Einsatz von nur einer Million DM 20 000 DM gewinnen oder verlieren.

Der rasante Anstieg des Dollarkurses in den letzten Jahren scheint den Lehrbuchregeln über Wechselkurse zu widersprechen:

- Gemessen an der „Kaufkraft“ ist der Dollar hoffnungslos überbewertet. Gemessen an den bundesdeutschen Konsumgewohnheiten war der Dollar 1984 nur knapp zwei DM wert, d. h. für einen Dollar konnte man sich in den USA gleich viel Waren kaufen wie in der Bundesrepublik für knapp zwei DM. An den Devisenbörsen aber müssen mehr als drei DM für einen Dollar gezahlt werden.
- Die Handelsbilanz und die Leistungsbilanz der USA weisen gewaltige Defizite auf: Zwischen 1982 und 1984 erhöhte sich der Fehlbetrag der Leistungsbilanz von 9,2 auf etwa 110 Milliarden Dollar, bei nach wie vor steigender Tendenz. Dagegen expandieren die Leistungsbilanzüberschüsse der BRD und Japans.
- Auch die Tatsache, daß die Zinsen für Geldkapitalanlagen in den USA deutlich höher sind als in Westeuropa und auch der BRD kann die Dollarkursentwicklung nicht erklären: dies ist seit Anfang 1977 der Fall. Zwischen 1977 und 1980 aber ist der Dollarkurs rückläufig gewesen. Die relativ hohen US-Zinsen stützen sicher eine stabile Tendenz des Dollars – aber nur, wenn aus anderen Gründen Vertrauen in die Stabilität des Dollars besteht.
- Vielfach wird der hohe Dollarkurs auch als Ausdruck der relativ günstigen Wirtschaftslage in den USA begriffen. Aber auch hier ist einzuwenden, daß die USA zwischen 1980 und 1982 eine lange und tiefe zyklische Krise durchmachten, ohne daß dies den Anstieg des Dollarkurses verhindert hat.

Die Tatsache, daß alle „objektiven“ Faktoren derzeit gegen einen stabilen bzw. weitersteigenden Dollar sprechen, veranlaßt viele Ökonomen, eine baldige Schwächung vorherzusagen. Dabei wird sowohl über ein „Platzen der Blase“ (Financial Times) als auch über einen kontrollierten Rückgang gesprochen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß diese Prognosen schon seit Jahren gemacht werden, aber bislang nicht eingetreten sind.

Ein Fehler der Prognostiker der Dollarschwäche liegt dabei in dem Umstand, die wichtigste Rolle des Dollar – nämlich seine Rolle als

Weltgeld – zu übersehen. Entscheidend für die Nachfrage nach Dollar und damit auch für dessen Wechselkurs an den Devisenmärkten ist der Bedarf an Weltgeld, d. h. an internationalen Zahlungsmitteln. Die wachsende internationale Verflechtung, die rapide Ausdehnung der internationalen Zahlungsgeschäfte auf allen Gebieten vergrößert entsprechend den Bedarf an Dollar. Natürlich spielt die Spekulation eine erhebliche Rolle, kurzfristig können durchaus durch spekulative Geldbewegungen heftige Kursschwankungen entstehen. Die Grundtendenz des Dollar aber wird durch dessen Weltgeldrolle bestimmt. Eine nachhaltige Kursabschwächung oder gar ein Zusammenbruch des Kurses erscheint nur dann möglich, wenn diese Rolle entscheidend geschwächt wird. Ursache dafür könnte eine Veränderung der internationalen ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse sein, z. B. verursacht durch einen Verfall der US-Ökonomie. Eine „normale“ zyklische Krise, ein hohes Defizit im Staatshaushalt oder die Tatsache, daß die USA inzwischen zu einem internationalen Schuldnerland geworden sind, dürfte aber kaum einen solchen „Verfall“ signalisieren. Bedrohlich sind vielmehr die Signale, die seit einiger Zeit aus dem Bankensystem der USA, dem wichtigsten internationalen Bankenbereich, zu vernehmen sind. Immer wieder werden größere und kleinere Banken zahlungsunfähig, die Zahl der Bankenzusammenbrüche in den USA hat im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 erreicht. Allerdings hat die US-Regierung immer wieder volle Garantie übernommen und so Kettenreaktionen verhindert. Tatsächlich ist der Staat heute als Garant der Bankeinlagen in den USA anzusehen. Es ist aber noch eine andere mögliche Ursache für einen Verfall des Dollarkurses sichtbar: dann, wenn das Gebäude der internationalen Verschuldung der Entwicklungsländer dadurch zum Einsturz gebracht wird, daß wichtige Schuldnerländer ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen. Dies würde zugleich das US-Bankensystem gefährden und eine Hauptquelle des wachsenden Dollarbedarfs, nämlich die Nachfrage nach Dollars zum Zwecke der Zins- und Tilgungszahlungen, beseitigen.

Beide Fälle, ein Zusammenbruch des US-Bankensystems und ein Zusammenbruch des internationalen Verschuldungsgebäudes, sind zur Zeit möglich, aber nicht wahrscheinlich. Zwar reichen die Regulierungspotenzen der Regierungen und der supranationalen Institutionen nicht aus, um die ökonomische Entwicklung zu steuern. Sie haben aber bisher ausgereicht, um akute Krisenausbrüche, d. h. einen plötzlichen Kollaps, durch „Feuerwehraktionen“ zu verhindern. Aus diesem Grund wird hier davon ausgegangen, daß für die absehbare Zukunft der Dollar – begründet in seiner Rolle als internationale Leitwährung – relativ stark bleiben wird. Dabei sind plötzliche Kurssprünge nicht ausgeschlossen, sondern wahrscheinlich. Auch eine zeitweilige Kursabschwächung ist nicht ausgeschlossen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß das derzeitige Kursniveau nahezu doppelt so hoch ist wie 1980, ein Kursrückgang z. B. auf DM 2,80 je Dollar – einige Prognosen nennen diesen Wert – immer noch Ausdruck eines starken Dollars wäre.

Zwar hat die Labilität des internationalen Kursgefüges zugenommen und eine weitere Stärkung des Dollar erscheint u. a. wegen dieser Labilität – die Geldanlagen in den USA werden dadurch riskanter – nicht wahrscheinlich. Auch wächst der Druck der US-Industrie auf das Zentralbankensystem, den Dollarkurs zum Schutze der amerikanischen Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Warenmärkten zurückzuführen. Für eine dauerhafte Schwächung oder für einen Kollaps des Dollarkurses sprechen aber zur Zeit die Anzeichen nicht.

2 Unternehmergewinne

Die in diesen Monaten veröffentlichten Jahresabschlüsse der großen Konzerne zeigen, in welchem Umfang gerade die Monopole ihre Ertragslage haben verbessern können. So erhöhten sich die ausgewiesenen Gewinne z. B. in der Großchemie um etwa 40 Prozent. Ähnlich sieht es bei den Großkonzernen der Elektroindustrie aus, selbst die Stahlkonzerne weisen wieder ansehnliche Überschüsse aus. Die veröffentlichten Durch-

schnittsziffern über die Gewinnentwicklung werden von den Großkonzernen also weit übertroffen.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	Brutto		Steuern		Netto	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	% ¹	Mrd. DM	%
1982	326	+ 6,4	62	18,9	265	+ 6,8
1983	361	+ 10,5	61	17,0	299	+ 13,1
1984	394	+ 9,1	66	16,9	327	+ 9,3
1985 ²	417	+ 8,0	68	16,2	349	+ 6,5

1 Anteil der direkten Steuern an den Bruttoeinkommen
2 Prognose des Frühjahrsgutachtens
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/85, S.185; DIW-Wochenbericht 17-18/85)

Dies zeigt auch eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank, bei der Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter bzw. über 25 Millionen DM verglichen werden. Vor allem zeigt sich dabei, was von den Unternehmerklagen über zu niedriges Eigenkapital zu halten ist: So deckten die Eigenmittel der Unternehmen im Jahre 1983 bei den „mittelständischen“ Betrieben (unter 25 Millionen Jahresumsatz) knapp 31 Prozent der Sachanlagen, bei den großen Unternehmen aber waren es knapp 83 Prozent. Besonders kraß fallen die Unterschiede im Baugewerbe aus: bei den kleinen Unternehmen sind die Sachanlagen nur zu 4,3 Prozent, bei den großen zu fast 98 Prozent durch Eigenmittel gedeckt.

Die vorliegenden Prognosen gehen davon aus, daß die Gewinne weiterhin kräftiger ansteigen werden als die Löhne und Gehälter. Tritt die im „Frühjahrsgutachten“ prognostizierte Einkommensentwicklung ein, so wären die Nettogewinne zwischen 1981 und 1985 um mehr als 100 Milliarden angestiegen, die Nettolöhne und -gehälter aber nur um knapp 30 Milliarden DM.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der tariflichen Einkommen hat sich in den letzten Monaten geringfügig beschleunigt. Die Lohnabschlüsse waren erstmals seit Jahren nicht mehr niedriger als in den vorangegangenen Perioden, sie lagen bei Verbesserungen um etwa 3,5 Prozent. Trotzdem kann nicht davon gesprochen werden, daß nun endlich die konjunkturelle Belebung auch auf die Arbeitseinkommen durchschlägt: real gibt es kaum Verbesserungen.

Tarifflohn- und -gehaltsniveau¹

1. Vj.	1984			1985	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
+2,7	+2,5	+2,7	+3,0	+3,0	

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Nach den Prognosen des „Frühjahrsgutachtens“ werden die realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten im laufenden Jahr bestenfalls stagnieren. Entgegen den ersten Hoffnungen sind die so berechneten Reallohne und -gehälter auch 1984 nochmals deutlich gesunken.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,1	+4,3	+2,1	+1,6	+2,8	+4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,5	+3,9	+0,9	+0,7	+1,4	+2,5
Je Beschäftigten	+5,0	+4,6	+2,9	+2,5	+1,7	+2,5
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,0	+2,4	+2,5
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,5	-1,3	-2,4	-0,5	-0,7	0,0

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 17-18/1985)
2 Prognose des Frühjahrsgutachtens

Dagegen ist die Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren wieder beschleunigt angestiegen, eine Tendenz, die auch 1985 anhalten soll. Allerdings ist dies vor allem auf die Belebung der Konjunktur

zurückzuführen, es ist nicht nachweisbar, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zu den in der Einführung befindlichen Neuen Technologien besteht.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität¹

	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde
1970	+3,8	+4,2
1971	+2,5	+3,7
1972	+4,4	+5,1
1973	+3,8	+4,7
1974	+1,9	+3,1
1975	+1,2	+2,7
1976	+6,4	+5,3
1977	+3,2	+4,2
1978	+2,5	+3,5
1979	+2,8	+3,3
1980	+0,8	+1,5
1981	+0,8	+1,7
1982	+1,0	+1,3
1983	+2,6	+2,7
1984	+2,8	+2,9
1985 ²	+2,5	+3,0

¹ Reales Bruttoinlandsprodukt je durchschnittlichen Erwerbstätigen bzw. je durchschnittliche Erwerbstätigenstunde
² Prognose des „Frühjahrgutachtens“
 (Quelle: Statistisches Taschenbuch „Arbeits- und Sozialstatistik“, 1984, Wirtschaft und Statistik, 3/1985, S. 169; DIW-Wochenbericht 17-18/85)

Die Lohndrift, d.h. der Unterschied zwischen dem Anstieg der Tarif- und der Effektivverdienste, schwankt von Vierteljahr zu Vierteljahr. Während sie im letzten Quartal von 1984 wieder positiv war, d.h. die Effektivverdienste stiegen stärker an als die Tariflöhne, dürfte sie im ersten Vierteljahr von 1985 wieder negativ geworden sein: einmal sind wegen der Witterungseinflüsse vor allem im Baugewerbe überproportional viel Arbeitsstunden ausgefallen, zum anderen ist die Entwicklung dadurch verzerrt, daß im ersten Vierteljahr 1984 vorgezogene „Jahresabschlußzahlungen“ für 1984 ausgezahlt worden waren, die Einkommen im Vergleichszeitraum also überhöht erscheinen.

Lohndrift¹

	1983				1984			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Tariflöhne	+4,0	+3,7	+3,2	+3,1	+3,1	+1,9	+3,0	+3,0
Effektivlöhne	+2,3	+3,0	+3,9	+4,3	+8,2	-0,1	+1,8	+4,2
Lohndrift	-1,7	-0,7	+0,7	+1,2	+5,1	-2,0	-1,2	+1,2

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: DIW-Wochenbericht 15/1985, S. 193)

Obwohl die Tarifabschlüsse wieder etwas günstiger liegen und zur Zeit eine markante Beschleunigung der Inflation nicht zu erwarten ist, bleiben die Bezieher von Arbeitseinkommen weiterhin von der konjunkturellen Belebung ausgeschlossen. Die Lohnquote, d.h. der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, lag im vierten Quartal 1984 – saisonbereinigt – erstmals seit 1973 mit 69,9 Prozent wieder unter 70 Prozent.

Darüber hinaus wird die Lohnentwicklung im zweiten Halbjahr 1985 durch die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung belastet, die durch die Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung nicht ausgeglichen wird.

3.2 Preise

Bei der Preisentwicklung haben sich in den letzten Monaten kaum Veränderungen ergeben. Stabile internationale Rohstoffpreise und der anhaltende Druck stagnierender Nachfrage bremsen den inländischen Preisanstieg, der hohe Dollarkurs andererseits wirkt verteuern auf die Importwaren. Die Inflationsrate, d.h. der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresvergleich, liegt bei etwa zweieinhalb Prozent, einschneidende Veränderungen in die eine oder andere Richtung sind für die nächsten Monate nicht zu erwarten.

Lebenshaltung 1985¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,4	+2,1
Februar	+0,3	+2,3
März	+0,3	+2,5
April	+0,2	+2,5

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

Allerdings dürfte eine gewisse Entlastung auf das inländische Preisniveau vom Dollarkurs ausgehen: zwar ist mit einem dauerhaften Rückfall des Wechselkurses gegenüber der DM in der nächsten Zeit nicht zu rechnen, andererseits aber scheint der Anstieg zunächst gestoppt. Dies stabilisiert in Zukunft die Entwicklung der Importpreise.

Ausgewählte Preisindizes 1984

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+0,7	+2,9	-3,9	+1,2	+4,5	+0,6	+0,9	
Februar	+0,3	+3,1	-7,1	+2,0	+7,3	+1,3	+1,5	
März	+0,2	+3,0	-7,9	+0,7	+8,8	+1,0	+2,6	
April	+0,2	+2,8				-0,3	+1,9	

(1) In % gegenüber dem Vormonat

(2) In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Für den weiteren Jahresverlauf wird eine Inflationsrate von etwa 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt erwartet – eine Annahme, die vor dem Hintergrund der absehbaren Entwicklungstendenzen, vor allem einer weiteren Verlangsamung der Konjunktur, in etwa realistisch sein dürfte.

3.3 Verteilung der Haushaltseinkommen

Zu einer Analyse der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung gehört die Betrachtung der Einkommenssituation der Haushalte. Zwar ist die Einkommenssituation der Selbständigenhaushalte nach wie vor überwiegend durch die Entwicklung der Gewinne und Vermögenseinkommen bestimmt und die der Arbeiter und Angestellten durch die Lohn- und Gehaltsentwicklung. Daneben aber gibt es den Einfluß der „Transferzahlungsströme“, d.h. vor allem der Sozialleistungen. Auch spielt die Zahl der Einkommensbezieher je Haushalt eine wichtige Rolle.

Nach einer revidierten Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) verfügten die 24,760 Millionen privaten Haushalte im Jahre 1983 über Einkommen („verfügbare Einkommen“) in Höhe von 1019,751 Milliarden DM.

Die so definierte „personelle Einkommensverteilung“ wird mit Hilfe von „Quintilen“ (d.h. Fünfteln) dargestellt: es wird gefragt, wieviel Prozent der Gesamteinkommen von den nach Einkommenshöhe gegliederten Haushaltsgruppen bezogen wird.

Einkommensschichtung

Haushaltsgruppe ¹	Anteil an den Gesamteinkommen in Prozent
1. Fünftel	7,1
2. Fünftel	12,4
3. Fünftel	16,9
4. Fünftel	22,3
5. Fünftel	41,3

¹ Die Gesamtzahl der Haushalte wird nach der Einkommenshöhe gegliedert und durch fünf geteilt
 (Quelle: DIW-Wochenbericht, 14/1985, S. 187)

Das ärmste Fünftel der Haushalte verfügt also über 7,1 Prozent der gesamten verfügbaren Einkommen des Jahres 1983, das reichste Fünftel über 41,3 Prozent, fast das Sechsfache. Entscheidend für diese Differenzen bleibt – trotz der Rolle von Sozialleistungen – die Zugehörigkeit zur Gruppe der Selbständigen (Produktionsmittelbesitzer) bzw. zur Gruppe der Lohn- und Ge-

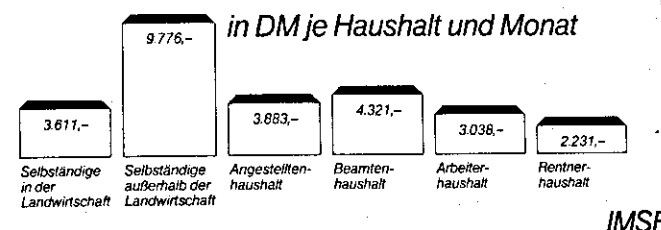
haltsabhängigen. Das zeigt die Gliederung der Haushalte nach dem sozialen Status.

Einkommen der Haushalte nach sozialem Status

	Zahl der Haushalte in 1000	Monatliches Durchschnittseinkommen in DM
Selbständige in der Landwirtschaft	408	3611
außerhalb der Landwirtschaft	1466	9776
Angestellte	5561	3883
Beamte	1552	4321
Arbeiter	5949	3038
Rentner	8799	2231
Insgesamt	24760	3432

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 14/1985, S. 186)

Durchschnittliches verfügbares Monatseinkommen je Haushalt nach sozialen Gruppen



Die Durchschnittseinkommen der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft sind also mehr als dreimal so hoch wie die Durchschnittseinkommen der Arbeiterhaushalte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß zu den Selbständigenhaushalten ganz unterschiedliche Gruppen gezählt werden: dies zeigt die große Einkommensstreuung innerhalb dieser Kategorie. Etwa ein Drittel der Selbständigenhaushalte haben Durchschnittseinkommen von mehr als 10 000 DM im Monat. Sie verfügen aber über rund 55 Prozent aller Selbständigenbezüge.

Entscheidend für die soziale Lage der Arbeiterhaushalte ist die Tatsache, daß in mehr als der Hälfte der Fälle zwei oder mehr Familienmitglieder Einkommensbezieher sind.

3.4 Sozialabbau

Im Mittelpunkt der sozialpolitischen Ereignisse steht die Verabschiedung des Blümschen **Beschäftigungsförderungsgesetzes**, das am 1. Mai in Kraft getreten ist. Die wichtigsten Bestimmungen dieses wichtigen Gesetzes sind:

- Erleichterung befristeter Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten.
- Erleichterung von Teilzeitarbeit
- Sozialpläne müssen künftig nur dann noch vorgelegt werden, wenn mehr als zehn Prozent der Beschäftigten entlassen werden.
- es wird eine private Vermittlung von Ausbildungsstellen möglich, wenn die Bundesanstalt für Arbeit zustimmt
- Verlängerung der Überlassungsfristen bei Leiharbeit auf 6 Monate

Entscheidender Punkt ist dabei die Neuregelung der befristeten Arbeitsverträge, die praktisch das Kündigungsschutzrecht aushöhlt. Der zweite wichtige Bereich, in dem Maßnahmen beschlossen wurden, ist die **Rentenversicherung**. Zum 1. Juli 1985 steigt der Beitragssatz zur Rentenversicherung, der zum 1. Januar 1985 schon von 18,5 auf 18,7 Prozent angehoben worden war, weiter auf 19,2 Prozent. Dafür wird der Beitragssatz der Bundesanstalt für Arbeit, der zum 1. Januar von 4,6 auf 4,4 Prozent gesenkt worden war, weiter auf 4,1 Prozent gesenkt. Insgesamt steigt also die Beitragsbelastung um 0,2 Prozent. Gleichzei-

tig wird der Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung zur Jahresmitte 1985 von drei auf 4,5 Prozent erhöht. In den beiden folgenden Jahren steigt er jeweils um 0,7 Prozent bis auf 5,9 Prozent. Diese Maßnahmen reichen aber nicht aus, um die vor allem krisenbedingten Finanzprobleme der Rentenversicherung zu lösen. Die Bundesregierung hat daher eine „Strukturreform der Rentenversicherung“ angekündigt, deren Schwerpunkt eine Leistungsver schlechterung sein soll. Auf jeden Fall wird das Thema „Renten“ in den nächsten Jahren ein zentraler Punkt der sozialpolitischen Diskussion bleiben.

Rentenentwicklung¹

	Anpassungsgesetz ²	Nominale Steigerung	Reale Steigerung
1980	4,0	+4,0	-1,3
1981	4,0	+4,0	-2,0
1982	5,8	+5,8	+0,1
1983	4,5	+2,3	-1,1
1984	1,3	+2,8	+0,4
1985 ³	1,2	+1,5	-0,8

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

² Ab 1983 Erhöhung zur Jahresmitte

³ Schätzung

(Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '85, S. 18)

Verschlechterungen überwiegen auch bei den **betrieblichen Altersversorgungen**. So waren nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zwischen 1981 und 1984 in der Industrie etwa 350 000 Beschäftigte von Leistungsver schlechterungen betroffen.

Verbesserungen ab 1. 1. 1986 sind für das **Wohngeld** beschlossen. Diese Verbesserungen reichen aber kaum aus, um die laufenden Verschlechterungen durch Mieterhöhungen und Inflation auszugleichen. 1986 sollen die Wohngeldleistungen auf etwa 3,2 Milliarden steigen, eine halbe Milliarde mehr als 1982, also knapp 20 Prozent. Beim gegenwärtigen Tempo der Mieterhöhungen werden die Wohnungsmieten 1986 aber den Stand von 1982 mindestens um 20 Prozent übersteigen.

Zur Zeit liegt ein Gesetzentwurf vor, durch den ab 1. Januar 1986 bei Geburt eines Kindes ein **Erziehungsgeld** für zunächst zehn, ab 1988 dann 12 Monate in Höhe von DM 600 monatlich eingeführt werden soll. Das bisher gezahlte Mutterschaftsgeld für Berufstätige soll dadurch ersetzt werden. Es soll an alle gezahlt werden, die ihr Kind selbst betreuen, also nicht nur an Berufstätige. Diese dürfen während dieser Zeit nicht gekündigt werden, allerdings wird kein bestimmter Arbeitsplatz garantiert. Sinn dieses Gesetzes ist u.a., die Nichtberufstätigkeit von Frauen attraktiver zu machen.

Diese Maßnahmen machen deutlich, daß die Hauptrichtung des Sozialabbaus zur Zeit nicht durch quantitative, materielle Verschlechterungen gekennzeichnet ist. Diese gehen weiter, wie insbesondere die programmierten realen Rentenkürzungen deutlich machen. Im Mittelpunkt stehen jetzt Maßnahmen, die darauf abzielen, den Arbeitsmarkt „gelenkiger“ (Blüm) zu machen. Nach dem amerikanischen Modell sollen soziale Schutzbestimmungen ausgehöhlt werden, soll die Verfügbarkeit der Arbeitskräfte durch die Unternehmen erhöht werden. Gleichzeitig soll die Attraktivität von Teilzeitarbeit erhöht, die Bildung unständiger, sozial wenig geschützter Beschäftigungsverhältnisse erleichtert werden.

3.5 Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung

Eine Besonderheit der diesjährigen Tarifrunde bestand darin, daß wichtige Bereiche wie die Stahl- und Metallindustrie und die Druckindustrie pausierten. In diesen Sektoren wurden die Einkommen nach Sätzen erhöht, die nach dem Arbeitskampf im Sommer 1984 vereinbart worden waren. Bei Metall und Druck stand im ersten Quartal 1985 die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in Form von Betriebsvereinbarungen an. In anderen Tarifbereichen wie etwa dem Einzelhandel waren nach wie vor

Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung der Schwerpunkt der Tarifaueinandersetzungen.

Tarifabschlüsse 1. und 2. Quartal 1985

Gewerkschaft	Tarfbereich (Beschäftigte)	Laufzeit ab	Gegenstand
IGBE	Kali- und Steinsalzbergbau (12000)	1. 10. 85	Lohn + Gehalt: +3,8% Vorruhestand ab 58 Lj./15 Bj. bei 75% des Bruttoverdienstes oder Wochen-AZV auf 20 Std.
IGCPK	Chemieindustrie (660000)	ab 1. 5.	Lohn + Gehalt: +3,8% Vorruhestand ab 58 Lj./10 Bj. bei 75% des Bruttoverdienstes oder Wochen-AZV auf 20 Std.
Drupa	papier- und pappeverarbeitende Industrie (93000)	ab 1. 2.	Lohn + Gehalt: +3,75%
GHK	Sägeindustrie NRW u. Ba-Wü (20000)	ab 1. 3.	Lohn + Gehalt: +3-3,1%
Gew. Leder	Schuhindustrie (38500)	ab 1. 1. 85	Lohn + Gehalt: +3,2%
IGM	Kfz-Gewerbe Hessen (30000)		Lohn + Gehalt: +3,2%
	Bayern (49000)		Lohn + Gehalt: +3,2%
BSE	Bauindustrie (1027000)	ab 1. 8. 85	Lohn + Gehalt: +2,4%
HBV	Einzelhandel West-Berlin (84000)	ab 1. 7.	Lohn + Gehalt: +2,4%
		ab 1. 1. 86	Wochen-AZV auf 38,5 Std.
HBV	Bankgewerbe (330000)	ab 1. 3. 85	Lohn + Gehalt: +3,6%
HBV	Versicherungs-gewerbe (205000)	ab 1. 4.	Lohn + Gehalt: +3,6%
IGBE	Steinkohlenbergbau Ruhr (127000)	1. 5.	Lohn + Gehalt: +3,1%
		ab 1. 1. 86	bis 1989 jedes Jahr zwei weitere Freischichten

Quelle: Archiv Soziale Bewegungen des IMSF

Seit dem 1. April 1985 gelten in vielen Industriebereichen neue Arbeitszeiten. Für fast 90 Prozent der Beschäftigten der Metallindustrie lagen die durch den Tarifvertrag vorgeschriebenen Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung vor. Hinzu kommen die Druckindustrie, Teile der Holzverarbeitenden Industrie sowie die Stahlindustrie (schon seit Oktober 1984). Nach Angaben der IG Metall werden mehr als 95 Prozent der Beschäftigten 38,5 Stunden arbeiten. Nur weniger als 5 Prozent sollen eine andere Arbeitszeit als 38,5 Stunden (bzw. 38 Stunden in der Stahlindustrie) haben.

Gesamtmittel hingegen gibt an, daß für rund zwei Drittel aller Metallbeschäftigten flexible Arbeitszeiten gelten. Die IG Metall bezeichnet diese Angaben als Täuschung, die dadurch zustande komme, daß die Unternehmer alle Formen der Arbeitszeitverkürzung, die von einer täglichen Verkürzung abweichen, zur Flexibilisierung zählen. Nach den Berechnungen der IG Metall verteilen sich die unterschiedlichen Verkürzungsformen wie folgt:

- In mehr als 50 Prozent der Betriebe mit knapp einem Drittel der Beschäftigten wurde die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden pro Woche oder 3 Stunden jede zweite Woche verkürzt;

- in 30 bis 40 Prozent der Betriebe mit etwa der Hälfte der Beschäftigten - darunter die Automobilindustrie - wurden freie Tage vereinbart;

- in etwa 10 Prozent der Betriebe gibt es eine tägliche Arbeitszeitverkürzung.

Das „Leber-Modell“ sah zwei Möglichkeiten der Flexibilisierung vor: eine Differenzierung zwischen den einzelnen Belegschaftsangehörigen mit einer Schwankung zwischen 37 und 40 Stunden und eine unterschiedliche zeitliche Verteilung, die im zweimonatlichen Durchschnitt 38,5 Stunden ergeben muß.

Die bisherige Bilanz zeigt, daß die erste Form, die individuelle Flexibilisierung, in Grenzen gehalten werden konnte. Modelle einer Differenzierung auf breiter Front, die vor allem von Funktionären der Unternehmerverbände vorangetrieben wurden, konnten sich nur in Einzelfällen durchsetzen. Bei der Stihl KG, dem Werk des Verbandssprechers in Baden-Württemberg, wurden diese Pläne durch die Einigungsstelle zumindest begrenzt. Die weitestgehende Differenzierung setzte Werner Stumpe, der designierte Präsident von Gesamtmittel, bei Manesmann-Demag in Schwaig bei Nürnberg mit Hilfe der tariflichen Schlichtungsstelle durch. Nur 27 Prozent arbeiten dort 38,5 Stunden, jeweils 36 Prozent müssen weiterhin 40 bzw. dürfen nur noch 37 Stunden arbeiten.

Sehr häufig wurden Regelungen getroffen ähnlich der bei den Daimler-Benz-Werken. Dort arbeitet die Masse der Beschäftigten - etwa 85 Prozent - 38,5 Stunden. Jeweils 7 bis 8 Prozent arbeiten 40 bzw. 37 Stunden. 40 Stunden gelten für die „Führungskräfte“ bis hinunter zu den Meistern, ebenfalls für die Ingenieure, während die frisch aus den Lehrwerkstätten kommenden Ausgelernten, die Neueingestellten und die Älteren 37 Stunden pro Woche haben. Bei Bosch und bei BMW stellen die Beschäftigten ab 58 Lebensjahre die 37-Stunden-Gruppe.

Unterschiedliche Arbeitszeiten sind also im wesentlichen in den Großbetrieben eingeführt worden; die Zahl der unmittelbar Betroffenen bleibt noch gering. Dennoch sind damit mögliche Spaltungslinien für die Zukunft abgesteckt.

Eine der heftigsten Auseinandersetzungen löste der Versuch der Unternehmer aus, die Arbeitszeitverkürzung bei Beschäftigten im Dreischichtbetrieb auf die bezahlte Essenspause anzurechnen. In der tariflichen Schlichtungsstelle in Baden-Württemberg konnte dies abgewehrt werden. Gegen die Absicht verschiedener Unternehmer, den Samstag wieder als Regelarbeitstag einzuführen, gab es eine Anzahl erfolgreicher Warnstreiks - darunter auf den Werften und bei Krupp-Widia in Essen. Eine Ausnahme blieb bisher die Genehmigung der Samstagsarbeit durch die tarifliche Schlichtungsstelle für rund 100 Beschäftigte eines Siemens-Werkes. Generell blieb die Zahl von Aktionen und Streiks begrenzt. Bekannt wurden noch Warnstreiks bei Bosch in Waiblingen und Leinfelden sowie Perske in Mannheim und Mahle in Stuttgart gegen Flexibilisierungspläne.

Das größte Interesse besaßen die Unternehmer offensichtlich an der zweiten Flexibilisierungsvariante, der Nutzung der zeitlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten. Hier erzielten sie ihre größten Erfolge. Durch die Lage der Freischichten (vertragswidrige Bündelung und Nutzung von „Brückentagen“), durch neue Regelungen zum zeitlichen Ausgleich von Mehrarbeit u. ä. wurde versucht, die Arbeitszeiten den betrieblichen Bedürfnissen optimal anzupassen, um vor allem saisonale Produktions- und Absatzschwankungen auszugleichen. Ein Hauptziel auch für die weitere Entwicklung besteht in der drastischen Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten, um die teuren neuen Technologien besser zu nutzen. Das Zauberwort der Unternehmer ist dabei gegenwärtig die „Entkoppelung von betrieblicher Produktion und persönlicher Arbeitszeit“.

Dies gelang u. a. durch Einführung neuer Schichten, durch die Nutzung der Gleitzeit und die Entzerrung bisher einheitlicher Pausen. Besonders mit Hilfe neuer Gleitzeitregelungen wurden Betriebszeiten auf 13 bis 15 Stunden ausgeweitet (Bosch und MBB).

Beschäftigungseffekte werden hierdurch in der Regel reduziert. Dennoch schätzt die IG Metall in Übereinstimmung mit dem Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, daß als Folge der Arbeitszeitverkürzung in allen Bereichen 1985 etwa 100 000 bis 120 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die IG Metall bezeichnete auf der Frankfurter Tagung „Zukunft der Arbeit“ am 30. März 1985 die jetzigen 38,5-Stunden-Vereinbarungen als die erste Etappe auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche, die, so Hans Mayr, als weitere „Verkürzung der kollektiven Arbeitszeit“ zu erfolgen habe.

Für diese Perspektive zeigt die bisherige, notwendigerweise noch unvollständige Bilanz allerdings folgende Probleme: Erstens haben die Unternehmer trotz des z. T. noch geringen Umfangs das Prinzip der Flexibilisierung durchgesetzt. Für die verschiedenen, von den Unternehmern gewünschten Formen der Arbeitszeitflexibilisierung gibt es jetzt Pilotabschlüsse. Die Unternehmer haben damit den Fuß in der Tür zur weiteren Flexibilisierung.

Zweitens ist es trotz zahlreicher betrieblicher Konflikte, einzelner Aktionen und zentraler gewerkschaftlicher Hilfestellungen noch nicht auf breiter Front gelungen, die negativen Wirkungen der Kompetenzverlagerungen auf die Betriebsräte durch eine Aktivierung der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit auszugleichen. Insbesondere in den Großbetrieben zeigte sich in der Umsetzungsphase eine Verselbständigung der Betriebsräte. So wurde z. B. die Aufforderung der IG Metall, Mehrarbeit zu verweigern und die Möglichkeiten des Tarifvertrags zur Begrenzung von Mehrarbeit zu nutzen, in den Großbetrieben kaum befolgt. Für die Handlungsfähigkeit der IG Metall in der Zukunft ist damit ein großes Problem aufgeworfen.

Zum dritten ist die Haltung der Gewerkschaften selbst zum Flexibilisierungskonzept nach wie vor durch Unklarheiten und mangelnde Geschlossenheit geprägt. Die Flexibilisierungsinitiative der Unternehmer wird sich jedoch fortsetzen - insbesondere wenn es um weitere Schritte der Arbeitszeitverkürzung gehen wird. Die Debatte über ein gewerkschaftliches Gegenkonzept erhält daher wachsende Bedeutung.

Da in der Druckindustrie zuerst die neuen Regelungen zur Neugestaltung der Lohnstruktur betrieblich umgesetzt werden, verzögerte sich hier die Gestaltung der neuen Arbeitszeiten. Da die IG Druck und Papier im Tarifvertrag die Möglichkeit zur individuellen Flexibilisierung ausschließen konnte, konzentrierten sich die Bemühungen der Unternehmer auf die Nutzung der zeitlichen Flexibilisierungsspielräume, um saisonale und betriebsbedingte Schwankungen der Arbeitszeit durchsetzen zu können. Bilanzen über die Betriebsvereinbarungen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden konnte nach zahlreichen Aktionen und Warnstreiks ebenfalls im Einzelhandel der Bundesrepublik und Westberlins durchgesetzt werden. Der Pilotabschluß erfolgte in Westberlin. Die Verkürzung erfolgt ähnlich wie im Bereich des öffentlichen Dienstes in Form von freien Tagen, die über das Jahr verteilt sind. Vorruhestandsregelungen bzw. Arbeitszeitverkürzung auf 20 Wochenstunden für Beschäftigte ab 58 Jahren wurden im Kali- und Steinsalzbergbau (IG Bergbau und Energie) und in der Chemieindustrie (IG Chemie/Papier/Keramik) abgeschlossen. Obwohl die IG-Chemie-Führung in den Tarifverhandlungen ihre „Vorleistungen“ in Gestalt der Spaltung der gewerkschaftlichen Arbeitszeitfront im Jahre 1984 anmahnte, blieb der Abschluß unter ihren Erwartungen.

Mit Ausnahme des Einzelhandels, wo der niedrige Lohnabschluß von 2,4 Prozent offensichtlich die Arbeitszeitverkürzung kompensieren sollte, und der Bauindustrie (ebenfalls 2,4 Prozent), lagen die Lohn- und Gehaltsabschlüsse in der Regel zwischen 3,2 und 3,8 Prozent. Damit ist zu erwarten, daß nunmehr im sechsten Jahr die Realeinkommen nicht steigen werden. Im nächsten Jahr, wenn auch die IG Metall und die IG Druck und Papier wieder Lohnverhandlungen führen müssen, wird somit ein starker Druck auf eine kräftige Erhöhung der Realeinkommen ausgehen. Gleichzeitig läuft Ende September 1986 in der Metallindustrie der Arbeitszeitvertrag aus. Die Diskussion über die tarifpolitischen

Schwerpunkte und Forderungen wird noch in diesem Jahr in den Gewerkschaften geführt werden müssen.

3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft ist erstmals seit dem Beginn der letzten zyklischen Krise im Jahre 1980 stabil geblieben. In saisonbereinigter Betrachtung war die Zahl der abhängig Erwerbstätigen im letzten Vierteljahr 1984 zwar noch um etwa 40 000 niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum, aber um knapp 20 000 höher als im dritten Quartal 1984.

Beschäftigung¹

	Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Bauwirtschaft	Dienstleistungen
1983 1. Vj.	22080	7981	1370	7639
2. Vj.	21996	7897	1375	7656
3. Vj.	21954	7840	1389	7670
4. Vj.	21977	7827	1397	7702
1984 1. Vj.	21979	7811	1392	7734
2. Vj.	21946	7789	1379	7748
3. Vj.	21919	7784	1359	7753
4. Vj.	21938	7806	1342	7769

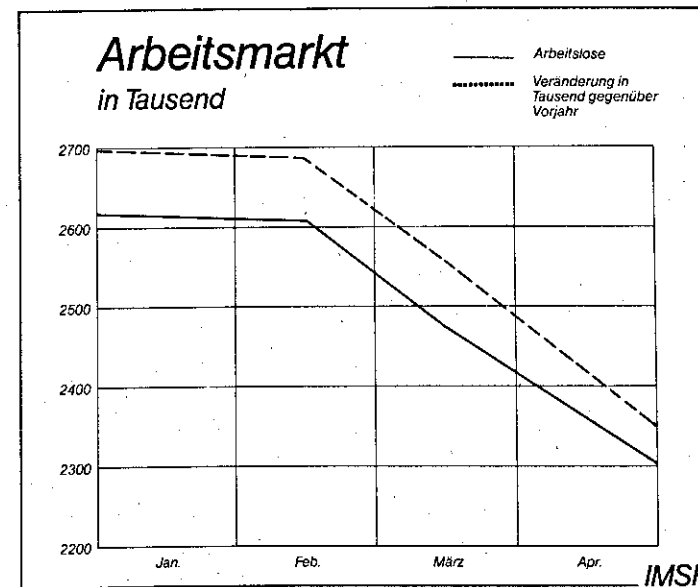
¹ In 1000, saisonbereinigte Zahlen
(Quelle: DIW-Wochenbericht 4/1985, S. 41; 4. Vj. 1984 geschätzt)

Der leichte Beschäftigungsanstieg, der sich im ersten Vierteljahr 1985 aber nur geringfügig fortgesetzt haben dürfte, ist vor allem durch die Beschäftigungsausweitung im Investitionsgüterbereich zu erklären. Diese hat sich im ersten Quartal fortgesetzt. Dabei dürften Mehreinstellungen wegen der zum ersten April in Kraft getretenen Arbeitszeitverkürzungen eine Rolle spielen. Das DIW weist z. B. darauf hin, daß in der Automobilindustrie in den letzten Monaten einige Tausende Beschäftigte neu eingestellt worden sind, obwohl die Branche über Kaufzurückhaltung klagt. „Zu vermuten ist, daß bei der weiter gebesserten Beschäftigungssituation im Investitionsgütergewerbe auch Mehreinstellungen eine Rolle gespielt haben, die zur Vorbereitung auf den Übergang zur verkürzten Wochenarbeitszeit, die am 1. April wirksam wurde, vorgenommen worden sind.“ (DIW-Wochenbericht 15/1985, S. 194)

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)	(2)	Kurzarbeiter (1)	(2)	Offene Stellen (1)	(2)
Januar	2619	+80	466	-100	88	+18
Februar	2611	+74	432	-212	101	+21
März	2475	+82	397	-221	114	+21
April	2305	+51	375	-115	111	+17

(1) In 1000 Personen
(2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)



Der schwache Beschäftigungsanstieg reicht aber nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Die registrierten Arbeitslosenziffern sind vielmehr im Winter und im Frühjahr 1985 wieder verstärkt angestiegen und haben neue Rekordmarken erreicht. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl lag im März und April mit 2,320 Millionen höher als jemals zuvor. Dies zeigt zudem, daß der kalte Winter nicht die Hauptursache der extrem hohen Ziffern ist.

Die relativ optimistischen Prognosen insbesondere des Sachverständigenrats und der Bundesregierung für den Arbeitsmarkt '85 müssen daher schon jetzt als überholt gelten. Das „Frühjahrgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute geht denn auch für das laufende Jahr von einer weiteren Zunahme der registrierten Arbeitslosenzahlen aus. Der Sachverständigenrat, daran sei nochmals erinnert, hatte Ende 1984 für das laufende Jahr einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen um „reichlich 100 000“ vorhergesagt, eine Einschätzung, die von der Bundesregierung übernommen worden war.

Von einer „Wende“ am Arbeitsmarkt kann also auch jetzt, zwei Jahre nach dem Wahlsieg der Rechtskoalition, keine Rede sein. Auch längerfristig sind die Aussichten auf dem Gebiet der Beschäftigung negativ. In einer Analyse möglicher Entwicklungen bis zum Jahre 2000 kommt das Nürnberger „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB), das wissenschaftliche Institut der Bundesanstalt für Arbeit, zu sehr ungünstigen Ergebnissen. Es rechnet eine Vielzahl von möglichen Entwicklungsvarianten durch, wobei sowohl verschiedene Zuwachsraten bei Produktion und Produktivität als auch verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten der Ausländerwanderungen und des Erwerbsverhaltens untersucht werden. Bei der allergünstigsten Variante wird es demnach 1990 bzw. 2000 etwa 3,4 bzw. 1,2 Millionen tatsächliche Arbeitslose geben, bei der allerungünstigsten 5,7 bzw. 7,5 Millionen.

Arbeitsmarktbilanz 1984–2000¹

	1984	1990	2000
Erwerbspersonen	28 745	28 920	27 986
Arbeitsplätze	25 111	25 257	25 282
Arbeitslose	3 634	3 783	2 704

1 In 1000 Personen
(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1985, S. 62)

In einer Modellrechnung, die von den dem Institut am wahrscheinlichsten erscheinenden Entwicklungen ausgeht, also einer „mittleren“ Variante, ist für die nächsten 15 Jahre mit einer tatsächlichen Arbeitslosigkeit um drei Millionen zu rechnen.

Diese „mittlere“ Variante geht davon aus, daß das Sozialprodukt bis zum Jahre 2000 um jahresdurchschnittlich 2,5 Prozent zunimmt, die Produktivität je Arbeitsstunde um 3,5 Prozent ansteigt und die Arbeitszeit je Beschäftigten im Jahr um etwa ein Prozent sinkt. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation müssen diese Annahmen noch als recht optimistisch gelten. Vor allem ist darauf zu verweisen, daß das Wirtschaftswachstum sich deutlich beschleunigen müßte. Denn in den beiden letzten Konjunkturzyklen – 1974 bis 1979 und 1980 bis 1985 – hat das Sozialprodukt im Durchschnitt nur um 1,7 Prozent zugenommen. Wachstumsraten von 2,5 Prozent sind zur Zeit nur noch in den Jahren der „Hochkonjunktur“ zu verzeichnen.

Solche Modellrechnungen können natürlich nicht als exakte Prognose gewertet werden, sie können lediglich den Rahmen möglicher Entwicklungen abstecken. Sie machen aber immerhin deutlich, daß selbst bei vergleichsweise günstigen Annahmen die Arbeitslosigkeit bis 1990 noch ansteigen wird und daß auch im folgenden Jahrzehnt keine wesentliche Entlastung zu erwarten ist. Hoffnungen auf „Selbstheilungskräfte“ sind vor diesem Hintergrund absolut verfehlt, nur massive beschäftigungspolitische Maßnahmen können merkliche Verbesserungen bringen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
Der Abschnitt 1.2 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 17. 5. 1985. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr.18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.